

16.09.2014 - 09:30 Uhr

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen / Parlament fördert Lernende

Zürich (ots) -

Das Parlament und der Bundesrat möchten die Berufsbildung fördern. Diese soll künftig im öffentlichen Beschaffungswesen ein Kriterium für die Vergabe von Aufträgen sein. Die Angestellten Schweiz begrüßen die Änderung des entsprechenden Gesetzes. Die Schweizer Wirtschaft floriert unter anderem dank unseres dualen Bildungssystems. Es ist darum wichtig, dass die Unternehmen weiterhin Lehrlinge ausbilden und dazu motiviert werden. Der Entscheid des Parlaments ist auch ein wichtiges Signal an die Lernenden. Der Start ins Berufsleben ist ein ganz wichtiger Zeitpunkt im Leben der Jugendlichen. Eine Lehre bietet beste Voraussetzungen für einen guten solchen guten Start. Die Angestellten Schweiz schlagen als weiteren Orientierungspunkt für die Auftraggeber im öffentlichen Beschaffungswesen die Sozialpartnerschaft vor. Ob die Sozialpartnerschaft gelebt wird lässt sich daran ablesen, ob ein Gesamtarbeitsvertrag, ein entsprechender Firmenvertrag oder ein Reglement über die Mitwirkung angewendet wird und ob eine Arbeitnehmervertretung existiert.

Die Angestellten Schweiz sind seit bald 100 Jahren die Stimme der Angestellten aus dem Mittelstand und vertreten deren Interessen in der Politik wie in Unternehmen. Der Verband setzt sich sozialpartnerschaftlich, konstruktiv und zuverlässig für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Arbeitsplätze ein - zum Wohl von Gesellschaft und Wirtschaft. Ihren Mitgliedern bieten die Angestellten Schweiz zudem ein umfassendes, auf persönliche Bedürfnisse angepasstes Angebot an Weiterbildungen, Beratungen, Dienstleistungen und Informationen - für das persönliche Weiterkommen jedes Einzelnen.

Kontakt:

Hansjörg Schmid, Kommunikation Angestellte Schweiz, 044 360 11 21,
076 443 40 40

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100006251/100761446> abgerufen werden.